



**Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen**  
Volkmar Bensch  
Bauerngasse 18  
79211 Denzlingen  
Tel.: 07666/949040

## **Rede zum Haushalt 2010**

23.02.2010

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nachdem wir in den vergangenen Sitzungen vom Kämmerer hinreichend informiert wurden, werde ich auf eine Zahleninterpretation verzichten und auf die unserer Meinung nach wichtigen Themen eingehen.

Die Schwarz-Gelbe Regierung in Berlin setzt Ihre Wahlversprechen um. Ihre Klientelpolitik wie z.B. die Mehrwertsteuersenkung im Hotelgewerbe, soll durch z.B. Sozialkürzungen finanziert werden. Geringverdiener werden gegen Arbeitslose ausgespielt und die großen Steuerhinterzieher, die Millionen an der Steuer vorbei ins Ausland schaffen, sollen laufen gelassen werden. Die Finanzsituation in den kommunalen Haushalten wird durch die geplanten Entscheidungen der Bundesregierung katastrophal verschärft werden.

Die Wirtschaftskrise hat auch Denzlingen erreicht. Durch einen großen Einbruch im Bereich der Einnahmen ist zur Finanzierung der Investitionen eine Kreditaufnahme erforderlich. Die Spielräume der Gemeinde werden damit in den nächsten Jahren sehr eingeschränkt. Jedoch, sollte nicht nur negativ in die Zukunft geschaut werden.

Gerade in finanziell schwierigen Zeiten gilt es abzuwägen wie der Haushalt der Gemeinde finanziert werden kann. Ich möchte in folgendem auf die wichtigen Punkte eingehen, und darlegen, welche Maßnahmen die Fraktion B90/Die Grünen als sinnvoll erachten.

Es gibt zwei Möglichkeiten die Finanzierung des Haushalts zu steuern. Die Ausgaben senken bzw. die Einnahmen erhöhen. Unsere Aufgabe ist es die Massnahmen in die richtige Richtung zu steuern und auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen.

Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer sind in Denzlingen im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden sehr moderat. Eine eventuelle Erhöhung zur Verbesserung der Einnahmen darf kein Tabuthema sein.

Die Schwimmbadsanierung ist fast abgeschlossen. Mit dem Bau des Feuerwehrgerätehauses und den Neubau einer Vereins- und Schulsporthalle sowie den Ausbau der Mensa, die alle in hohem Maße bezuschusst werden, hat die Gemeinde Denzlingen ein umfangreiches Investitionsprogramm aufgelegt, das dem lokalen Handwerk zu Gute kommt und damit auch der Gemeindekasse, die auf steigende Gewerbesteuereinnahmen hoffen kann. Eine Verschiebung des Neubaus der Sporthalle, aus Kostengründen, hätte unserer Meinung nach das Aus der Sporthalle für die nächsten 10 Jahre bedeutet. Dies ist für uns, abgesehen vom Verlust von 602.000,- € Zuschüssen, gegenüber der Schule und den Sportvereinen, die immer wieder getröstet wurden, politisch nicht vertretbar.

Die Personalkosten sind eine große Stellschraube im Bereich der Ausgaben. Durch den Tod von Dr. Lothar Fischer und den Wechsel des Hauptamtsleiters Lars Brügner nach Vörstetten sowie der diversen Wahlen letzten Jahres war unsere Verwaltung an die Grenzen Ihrer Leistungsfähigkeit gekommen. Ein Dank gilt den Mitarbeitern, die trotz dieser hohen Belastung Ihre Aufgaben bewältigt haben. Hohe Belastung führt auch oft zu krankheitsbedingten Ausfällen,

die zusätzlich kompensiert werden mussten. Wir sind überzeugt, dass mit dem Beginn der Arbeit des neuen Hauptamtsleiter sich die Situation wieder normalisieren und die Verwaltung wieder gut funktionieren wird. Eine Erhöhung des Personalschlüssels durch z.B. die Einführung einer Stelle für Öffentlichkeitsarbeit halten wir im Moment nicht für erforderlich und politisch auch nicht für vertretbar.

Wir bedauern es allerdings, dass der Verband die Stelle des Schulsozialarbeiters nicht um eine halbe Stelle erhöht hat, obwohl von allen die Erfordernis anerkannt wurde. Ein wichtiger Aufgabenbereich des Schulsozialarbeiters ist die Prävention, die auch zu Kosteneinsparungen (z.B. weniger Vandalismus) führt.

Diese Massnahme wäre z.B. auch ein Punkt im noch zu erarbeiten Konzept der Jugendarbeit in Denzlingen.

Im Bereich Bildung ist Sparen nicht angesagt. Die gekürzten Mittel von über 70.000,- € im Verbandshaushalt müssen eine Ausnahme bleiben. Das Einverständnis der Schulen zu diesen Sparmassnahmen, das inzwischen widerrufen wurde, erfolgte nur auf Grundlage der schwierigen wirtschaftlichen Situation. Dies ist auch nur dann politisch zu vertreten, wenn die Sparmassnahmen ausgewogen vorgenommen werden.

Besonders ärgerlich ist, wenn zur gleichen Zeit die Landesregierung zum aufpolieren Ihres Images ganzseitige Anzeigen über Ihre Bildungspolitik im Land schaltet, dessen Kosten besser in Bildungsmassnahmen vor Ort investiert worden wären.

Die soziale Absicherung von der Kleinkindbetreuung bis hin zu den Senioren ist ebenfalls ein Bereich der weiter zu bewältigen ist. Die heutigen Qualitätsstandards sind nach wie vor nicht ausreichend. Zur mittelfristigen Sicherung müssen die Gebäude in einen zeitgemäßen Zustand versetzt und Konzepte weiterentwickelt werden, damit die Rahmenbedingungen verbessert werden können. Der Ausbau des St-Jakobus-Kindergartens und die Erweiterung des Kindergartens Pfistergässle zur Unterbringung von U3-Gruppen sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Die finanzielle Not der Kinder und Familien in Denzlingen muss gelindert werden. In diesem Zusammenhang möchte ich an den Antrag der Grünen vom letzten Jahr erinnern, der die Einführung eines Denzlingerpasses für einkommensschwache Mitbürger vorsieht, der im Jugend- und Sozialausschuss weiter bearbeitet werden soll.

Erschreckend ist festzustellen, dass durch die laufenden Wirtschaftsmeldungen das wichtige Thema Klima plötzlich in den Hintergrund gerät. Besonders bedeutsam zur Überwindung der Krise, sind z.B. energetische Sanierungen. Diese Investitionen kommen dem Mittelstand und dem Handwerk besonders zu Gute und sichern wichtige Arbeitsplätze in den Gemeinden. Das Geld bleibt also in der Region und fördert den dortigen Arbeitsmarkt. Außerdem sind energetische Sanierungsmaßnahmen nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch ökonomisch, da sie künftige Heizkosten reduzieren und die Kommunen und Bürger auch in den kommenden Jahren finanziell entlasten.

Bei den Bauvorschriften für neue Gewerbeflächen muss festgelegt werden, dass auf den Dächern eine Solarnutzung möglich ist. Gleichzeitig sollten die Betriebe aufgefordert werden diese auch zu verwirklichen. Auch bei neuen Wohnbaugebieten sollen höhere energetische Standards als Mindestanforderung an Wärmedämmung und regenerativer Energienutzung festgesetzt werden, als in der Energieeinsparverordnung gefordert.

Ziel ist und bleibt ein energieautarkes Denzlingen anzustreben. Verlängerte Laufzeiten von Atomkraftwerken und Kürzungen der Förderungen von Fotovoltaikanlagen sind hierfür hochgradig kontraproduktiv.

Jeder einzelne von uns ist gefragt seinen Beitrag dazu zu leisten. Die Gemeinde muss ihrer Vorbildfunktion nachkommen und mit gutem Beispiel vorangehen. Die geplanten energetischen Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften sind dafür ein wichtiger Aufgabenbereich der neu besetzten Stelle des Energie- und Gebäudemanagers.

Der Gemeinderat hat beschlossen die Netze für Strom und Gas mit einem noch auszuwählenden Partner zu übernehmen. Dieses bedeutet für uns in erster Linie Mitsprache bei nötigen Investitionen, und Einflussnahme auf die Versorgungssicherheit für die Mitbürger. Den hohen Anfangsinvestitionen stehen Einnahmen aus dem Netzbetrieb gegenüber.

In einem weiteren Schritt sollte eine Vertriebsgesellschaft gegründet werden, auch diese mit einem Partner aus der Region.

Für uns Grüne ist das eine Chance die Ökologisierung der Energie voranzubringen. Bei der Auswahl unseres zukünftigen Partners wird für uns neben finanziellen Erwägungen das ökologische Konzept an erster Stelle stehen.

Erinnern möchte ich nochmals an den genehmigten Haushaltsantrag zur Erstellung eines Baulandkatasters, um eine weitere Innenentwicklung herbeiführen zu können.

Durch die Nutzung der bereits vorhandenen Infrastruktur können kostenträchtige Neuerschließungen vermieden werden.

Mit dem Verkauf von Grundstücken hat Denzlingen seine hervorragende Infrastruktur aufbauen können. Dies ist auch weiterhin erforderlich. Bei dem Verkauf von Grundstücken sollten Investoren bevorzugt behandelt werden, die sich im Mietwohnungsbau engagieren bzw. barrierefreien Wohnraum für z.B. Mehrgenerationenhäuser verwirklichen.

Zur Verbesserung der Infrastruktur im Neubaugebiet ist eine Erweiterung des Edekamarktes in der Alemannenstraße erforderlich. Gegenüber befindet sich ein großes gemeindeeigenes Grundstück, das sich zur Erweiterung anbietet. Das Märktekonzept besagt eindeutig, dass die bestehenden Zentren verstärkt und keine Neuen gebildet werden dürfen. Ein Markt auf der Grünen Wiese, wie z.B. im Roten Brühl oder Käppelematten, würde den Tod für das bestehende Einkaufszentrum in der Alemannenstraße bedeuten und Kaufkraft aus der Ortsmitte abziehen und wird deshalb kategorisch von uns abgelehnt.. Eine Vermarktung des Grundstückes mit einem geeigneten städtebaulichen Konzept könnte, die durch die Elzstr. bisher getrennten Wohngebiete, zusammenbinden. Einnahmen für die Gemeinde wären auch nicht auszuschließen.

Beim Verkehr liegen unsere Präferenz nach wie vor auf der Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Mit der Einführung eines schlüssigen Verkehrskonzeptes können wir beantragen, dass die bisherigen Denzlinger Landesstraßen in Gemeindestraßen umgewidmet werden. Dies ist Voraussetzung um im ganzen Ort einer generellen Tempo-30-Zone einführen zu können. Wir ersparen uns dadurch z.B. weitere aufwendige Fahrradwege. Die Sicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger wäre mit einem Schlag im ganzen Ort erheblich verbessert. Es gäbe keine Unsicherheit mehr, ob der Verkehrsteilnehmer gerade in einer Tempo-30-Zone ist. Verkehrsschilder könnten abgebaut werden.

Abschließend möchte ich Herrn Bühler und seinem Team meinen Dank aussprechen für die gewohnt sorgfältige Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2010.

Hoffen wir, dass sich der vorausgesagte wirtschaftliche Aufschwung bewahrheitet und sich unsere Einnahmen verbessern, damit wir unsere großen Projekte leichter realisieren können und dass die Bundesregierung sich Ihrer Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden bewusst wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.